Wien. (Priv.-Tel.) Aus ministeriellen Kreisen verlautet über die gestrige Audienz des Ministerpräsidenten Körber beim Kaiser, der Ministerpräsident habe geradezu eine Gewähr dafür gefordert, daß kein Zugeständnis an die ungarische Opposition in der Armeefrage mehr ohne Wissen der österreichischen Regierung erfolge. Diese Forderung habe eine Verzögerung der Entscheidung des Kaisers herbeigeführt, der den Ministerpräsidenten heute abermals empfängt, worauf morgen ein Ministerrat stattfindet. — Bezüglich der tschechischen Frage wünscht der Kaiser, daß nochmals Verständigungsversuche mit den Tschechen unternommen werden; keinesfalls dürfe einer tschechischen Universität wegen (wie in Mähren) alles auf die Spitze getrieben werden. — Man schätzt, daß etwa 30 Mitglieder aus der ungarischen Kossuthpartei ausscheiden werden. Die Hausordnung des ungarischen Parlaments bietet den Unversöhnlichen, sobald sie ihrer 20 sind, ausreichende Handhaben, um die regelmäßige Tätigkeit des Parlaments zu lähmen.

Paris. Die Deputiertenkammer nahm mit 485 gegen 45 Stimmen die Vorlage betreffend die direkten Steuern an.

Paris. Die Kammer beschloß gestern eine Abänderung des Ehescheidungsgesetzes dahin, daß das Verbot der wegen Ehebruchs geschiedenen Gatten oder Gattinnen, sich mit ihren Komplizen zu verheiraten, gestrichen worden ist.

Paris. Wie aus Nuits gemeldet wird, besuchte gestern eine deutsche Abordnung, bestehend aus einem General und drei höheren Offizieren in Zivil, die Gräber der deutschen Gefallenen von 1870, deren Gedenksteine auf Veranlassung der deutschen Regierung mit Erlaubnis der französischen erneuert worden sind.

Genf. Aus Chamounix wird berichtet: Heute vormittag meldete ein Bote des Genfer Violet-Klubs, daß alle vermißten deutschen Studenten lebend aufgefunden worden seien. Später berichtete einer der Touristen selbst, er sei mit seinen 6 Kameraden am Dienstag nachmittag bei der Schutzhütte der Aiguille-du-Gouter angelangt und dort von einem Blitzschlage getroffen worden. Sie seien alle, mit Ausnahme eines Touristen, der unbeschädigt blieb, leicht verletzt worden. Zur Stunde ist alles wohlbehalten in Chamounix eingetroffen bis auf die von St. Gervais und Les Houches abgegangene Hilfskolonne. Von der Schutzhütte hatten die Touristen Notsignale gegeben. Am Donnerstag nachmittag trafen als erste Hilfe vier Träger ein.

Bern. Nachdem das italienische Parlament die schweizerisch-italienische Uebereinkunft betr. die Uebertragung der italienischen Simplon-Konzession auf die Eidgenossenschaft ratifiziert hat, beruft der Bundesrat die Bundesversammlung zu einer außerordentlichen Session auf den 26. Oktober d. J. ein behufs Ratifikation dieser Uebereinkunft und eventuell Genehmigung des Vertrags über den Rückkauf der Jura-Simplon-Bahn.

London. Unterhaus. Der Zivil-Lord der Admiralität Pretyman bringt eine Resolution ein, durch welche die Admiralität zur Verausgabung von 8 Millionen Pfund Sterling für Marinebauten ermächtigt wird. Pretyman führt aus, 1¼ Millionen seien erforderlich für vier neue, der Rest des geforderten Betrags für die Vervollständigung bereits begonnener Bauten. Zu den ersteren gehörten die Umwandlung der Werft von Sheerneß in ein Reparaturdepot für die gesamte Flotille der Torpedobootzerstörer, ferner die Vervollständigung der Werfteinrichtung in Chatam und die Vorarbeiten für Errichtung eines neuen Flottenstützpunktes in St. Margareth Hope. Die Resolution wird hierauf angenommen.

London. Prinzessin Karl von Dänemark ist in Sandringham von einem Prinzen entbunden worden. — Lord Roberts erließ einen Armeebefehl, der zur Rückgabe der den Buren während des Krieges entwendeten Familienbesitztitel auffordert. — Dewet unterzog sich gestern in Bloemfontein einer Operation. Es mußten ihm Knochenteile aus zwei Fingern entfernt werden.

Konstantinopel. Der serbische Gesandte Gruitsch reist heute abend auf eigenen Wunsch nach Belgrad ab. Trotz seiner Ernennung zum Präsidenten des Staatsrats erhielt er den Befehl, sich nicht endgültig zu verabschieden, da er wahrscheinlich wieder nach Konstantinopel zurückkehren werde.

Sofia. Das Ausfuhrverbot von Pferden und Mauleseln erfolgte mit der Begründung, daß das Kriegsministerium selbst Requisitionen vornehmen wolle.

Sofia. Entgegen dem Dementi der Pforte, dauert die Zusammenziehung starker, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehender Abteilungen an der bulgarischen Grenze fort. Die Bemühungen der Türkei, die erwiesenen Tatsachen in Abrede zu stellen, gleichzeitig aber neue und stärkere Abteilungen an der Grenze aufzustellen, deren Konzentration durch die Notwendigkeit der Bekämpfung der Banden in keiner Weise zu erklären ist, sprechen vielmehr dafür, daß die Türkei beabsichtigt, den wahren Zweck dieser militärischen Maßnahmen zu verbergen, und die öffentliche Meinung durch die Verbreitung falscher Nachrichten über die angeblichen Absichten der bulgarischen Regierung irrezuführen.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 207,40. Diskonto 186,20. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 18,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,— Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Sehr still.

Paris. (3 Uhr nachm.) Rente 97,05. Italiener 104,25. Spanier 90,30. Portugiesen 32,10. Türken 32,22. Türkenlose 130,—. Ottomanbank 606,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 86,—. Träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Juli 25,10. per Septbr.-Dezbr. 22,60, fleißig. Roggen per Juli 16,30, per Sept.-Dezember 16,50, ruhig. Rüböl per Juli 32,50, per September-Dezember 33,50, fest.

Sächsischer Gemeindetag in Pirna.

Pirna, 3. Juli.

Der Sächsische Gemeindetag trat heute vormittag 9 Uhr im Saale des „Hotels zum Adler" zu seiner ersten Hauptversammlung zusammen. Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Dr. Tröndlin-Leipzig, eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in welcher er insbesondere Sr. Exzellenz dem Herrn Staatsminister v. Metzsch und den übrigen erschienenen Vertretern der Königl. Staatsregierung für ihre Teilnahme an den Verhandlungen verbindlichst dankte. Der Herr Staatsminister v. Metzsch richtete darauf an die Versammlung ungefähr folgende Ansprache:

Gestatten Sie mir, für die hochehrenden Worte, die der Herr Vorsitzende an die Vertreter der Regierung und an meine Person zu richten die Güte gehabt hat, den aufrichtigsten und innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen mit der Versicherung, daß die sächsische Regierung der Institution des Gemeindetages ihre volle Sympathie entgegenbringt und daß sie Ihre Organisation um so höher schätzt, als sie in der Ausgestaltung Ihrer Institution das bewährteste und sicherste Mittel für einen wünschens- und begehrenswerten Zusammenschluß erblickt, nicht nur zur Förderung der Interessen der Gemeinden, sondern auch der dabei nicht minder beteiligten staatlichen Interessen. Es ist mir die hohe Ehre und erwünschte Gelegenheit geboten gewesen, vor wenig Wochen vor einer illustren Vertretung der Städte Deutschlands zum Ausdruck zu bringen, wie hoch die deutschen Regierungen es zu schätzen und zu würdigen wissen, daß in unseren deutschen Kommunalverwaltungen ein frischer Zug herrscht, um das Gemeindewesen zu beleben und den modernen Staatsgedanken zu verwirklichen und zum Ausdruck zu bringen. Ich darf diesen Worten noch in diesem engeren Kreise namens der sächsischen Regierung der besonderen Versicherung und Ueberzeugung Ausdruck geben, daß sie in unseren wohlgeordneten Gemeindeverhältnissen das beste Fundament einer wohlgeordneten Staatsverwaltung erblickt. Trotz vieler abweichender Anschauungen dürfen wir uns rühmen, daß unsere Staatsverwaltung in guter Ordnung sich befindet. Unsere sächsische Gesetzgebung hat sich nach den ein Menschenalter hindurch gemachten Erfahrungen hinlänglich bewährt und eine Verwaltungspraxis aufgebaut auf dem System der Selbstverwaltung geschaffen, die wir als mustergültig bezeichnen können, wie überhaupt das Zusammenwirken der kommunalen und staatlichen Organe unerläßlich ist zum Gedeihen des Ganzen. Zum Zusammenhalten, Zusammenarbeiten, Zusammenfassen der in Staat und Gemeinde funktionierenden öffentlichen Gewalten kann die Mahnung zu keiner Zeit besser ergehen als heute, wo wir vor dem erschrecklichen Resultat der Reichstagswahlen stehen. (Sehr richtig.) Es darf nicht verkannt werden, daß die zersetzende Agitation sich nicht gescheut hat, das gute, gesunde Bürgertum anzugreifen und daß sie teilweisen Erfolg gehabt hat in den Bestrebungen, einen Riß in dieses Bürgertum zu schaffen. Es ist diese Tatsache unleugbar und genügend dargetan, daß ein Teil unserer Bevölkerung, diesen irreleitenden Anschauungen folgend, an die Wahlurne herangetreten ist. Die Tatsache besteht, es gilt aber, den Mut nicht sinken zu lassen und mit erneuten Kräften vorbeugend einzutreten. Es gilt, zu fragen, ob dieser chronische Zustand der Unzufriedenheit in den Verhältnissen eine genügende Rechtfertigung findet. Wir müssen zugeben, diese Unzufriedenheit besteht, und weil dies der Fall, so ist es Pflicht und Gewissenssache aller, mitzuhelfen, diesen Zustand möglichst wieder auf eine bessere Basis zurückzuführen und Mittel und Wege zu finden, durch welche wir wieder zu besseren Verhältnissen gelangen. Es gilt, mehr auf ethischem Boden zu arbeiten, sittlich kulturelle Grundlagen festzulegen. Diese Arbeit liegt bei der Familie, bei dem Hause, bei der Kirche, bei der Schule; aber wenn wir uns weiter umschauen, uns mehr auf das materielle Gebiet, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse begeben, da ist der Moment gekommen, wo die Inhaber der öffentlichen Gewalt einzugreifen verpflichtet sind. In dieser Aufgabe, so schwer ihre Lösung ist, wollen wir nicht zurückstehen. Es sind verbesserungsfähige Zustände vorhanden; wo wir erkennen, daß Fehler gemacht worden — und auch die Regierung hält sich nicht für infallibel —, ist es unsere Aufgabe, helfend, verbessernd einzutreten. Die Regierung ist sich dieser Verpflichtung stets bewußt geblieben, und er konstatiere, daß die Kommunalverwaltung, das Bürgertum, die Regierung bisher stets in dieser Pflichterfüllung unterstützt hat. Ich richte daher an dieselben den erneuten Appell zu gemeinsamem Vorgehen, zu gemeinsamer Arbeit mit dem Ziele, bessere Verhältnisse zu schaffen und das Volk vor gewissen zersetzenden Elementen zu bewahren. Wenn wir so gemeinsam vorgehen, werden die guten Erfolge nicht ausbleiben, und wir werden seinerzeit dann mit Genugtuung wahrnehmen können, daß das große Sammelbecken der Unzufriedenheit, wenn auch nicht geleert, so doch nicht so tief ist und zum Ueberfluten gelangt. Wollen wir der Zukunft vertrauensvoll entgegengehen in der Hoffnung auf Herbeiführung besserer Zustände zum Wohle und zu Ehren unseres geliebten Königs, unseres geliebten Volkes und unseres geliebten Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.) — Hierauf hieß Herr Bürgermeister Schneider-Pirna die Versammlung namens der Stadtgemeinde Pirna auf das Herzlichste willkommen.

In die Tagesordnung eintretend, hielt alsdann Herr Stadtrat Ludwig Wolf-Leipzig einen Vortrag über das Gemeindesteuerwesen und dessen Reorganisation. Auf Grund seiner eingehenden theoretischen und praktischen Erörterungen gelangte Redner zu folgenden Leitsätzen: Zwecks einer Reform unseres Gemeindesteuerwesens muß 1. mit der bisher üblichen theoretischen Ueberschätzung der Einkommensteuer und deren Verwendung als alleiniger oder Hauptsteuer gebrochen werden. Dieselbe ist nur zur Aufbringung des durch anderweite Maßnahmen nicht gedeckten Bedarfs zu verwenden. Bei ihr sind die Klassen bis zu 1500 Mk. im Falle entsprechender Einführung indirekter Steuern ganz zu befreien, andernfalls durch Einführung fester und mäßiger Klassensteuern entsprechend zu erleichtern. 2. Die durch das Interesse der Beteiligten gerechtfertigte Erhebung von Gebühren und Beiträgen, wie die in der Mitleistung der Gemeinde begründeten Abgaben vom Grundbesitzwechsel sind weiter auszubauen. Die Staatsregierung ist anzugehen, bei der Verabschiedung neuer Gesetze von dem bisher beobachteten Prinzipe der kostenfreien Besorgung aller Geschäfte durch die Gemeinden überall da abzugehen, wo ein Privatinteresse in Frage kommt. 3. Von dem gleichen Gesichtspunkte des Privatinteresses aus ist weiter a) in allen Gemeinden, wo sie noch nicht besteht, eine auf den gemeinen Wert der Grundstücke gestützte Grundsteuer einzuführen; b) die Staatsregierung zu ersuchen, den Kammern ein Gewerbesteuergesetz baldigst vorzulegen. Die Gewerbesteuer ist von Staats wegen in allen Gemeinden zu veranlagen und zur Erhebung zu bringen. Ihre Erträgnisse sind nach gewissen, im Gesetze festzulegenden Normen bezw. Vorbehalten den betreffenden Gemeinden zu überweisen. 4. An Stelle der überwiegenden oder gar alleinigen Geltung der direkten Steuern, welche a) durch ihr regelmäßig wiederkehrendes hartes und störendes Eingreifen in die Privatwirtschaftsführung des Steuerzahlers jahrein, jahraus die Veranlassung werden, daß ungezählte Existenzen, namentlich aus dem Stande der Arbeiter und Kleingewerbtreibenden, in die Schichten des Proletariats hinabgesenkt werden, und welche b) statt einer sachgemäßen Auffassung von den Aufgaben des Reiches, des Staates und der Gemeinde die Wege zu ebnen, nur der Verbreitung von Unzufriedenheit in den weitesten Bevölkerungsschichten und deren Ausnützung zu agitatorischen Zwecken Vorschub leisten, ist nicht bloß im Reiche, sondern auch in Staat und Gemeinde der indirekten Besteuerung wieder breiteren Raum und weitere Geltung einzuräumen, da indirekte Steuern aa) der störenden Eingriffe in die Wirtschaftsgebarung des Steuerzahlers ermangeln, da bb) die bei ihnen mögliche Preissteigerung teils durch die Konkurrenz verflüchtigt, teils durch das infolgedessen bedingte Steigen der Löhne meist wieder aufgewogen wird, und da cc) sie das auch dem wirtschaftlich Schwächeren aus Gründen der Gerechtigkeit anzusinnende Steueropfer diesen am leichtesten tragen lassen. Als Gegenstände der indirekten Besteuerung sind in erster Linie feinere Genußmittel, namentlich aber alkoholhaltige Getränke und Tabak, ins Auge zu fassen, und nicht allein für das Reich, sondern auch für Staat und Gemeinde nutzbar zu machen. 5. Zum Zwecke a) einer Beseitigung der Doppelbesteuerung, b) einer Auseinandersetzung der Gemeinden bei einheitlichem Gewerbebetriebe in mehreren Gemeinden oder bei bloßem Wohnsitze in einer Gemeinde ohne Besitz einer Einkommensquelle in derselben, sowie c) der Anwendung der Besteuerung nach dem Verbrauche ist ein Ausbau der Bestimmungen im 4. Abschnitt der Revidierten Städteordnung bezw. im 4. Abschnitt der Revidierten Landgemeindeordnung nötig. 6. Bei Erhebung einer Gemeinde-Einkommensteuer ist, um eine Erleichterung des nicht fundierten Einkommens wenigstens einigermaßen herbeizuführen, die Absetzung des Fünftels nicht bloß vom festen Gehalt, sondern auch von allem festen Lohneinkommen, sowie von allen Renten zu bewirken, welche als nicht fundiert nachgewiesen werden. Ebenso ist sie ganz oder teilweise dem Gewerbe-Einkommen bis zur Höhe von 5000 Mk. zuzugestehen, dafern dasselbe als ganz oder überwiegend aus der Arbeitskraft des Betreffenden resultierend erwiesen wird. 7. Die Einhaltung eines solchen Weges ohne Erlaß eines speziellen Kommunalsteuergesetzes erscheint angezeigt, um die unseren Gemeinden so wertvolle Autonomie auch in Steuersachen tunlichst aufrecht zu erhalten und die mit dem Erlasse eines förmlichen Kommunalsteuergesetzes nahegerückte Erstarrung jeder Initiative zu zeitgemäßen Reformen auf diesem Gebiete zu vermeiden. — Den fast 2stündigen Ausführungen des Herrn Stadtrats Ludwig-Wolf folgte eine ebenso lange, hafte Aussprache, aus der hervorging, daß die Meinungen über die zu einer Gemeindesteuerreform einzuschlagenden Wege noch ziemlich weit auseinandergehen. Andererseits war man sich aber über die Notwendigkeit einer Verbesserung des gegenwärtigen Gemeindesteuerwesens unter möglichst weitgehender Wahrung der Gemeindeautonomie einig. Herr St.-B. Thürigen-Meißen beantragte, beim Königl. Ministerium des Innern und dem Landtage dahin vorstellig zu werden, daß § 30 der Revidierten Städteordnung, betr. das steuerfreie Fünftel des Einkommens Festbesoldeter, aufgehoben wird. Eine Abstimmung über diesen Antrag sowohl wie über fünf vom Referenten vorgelegte Leitsätze erfolgte nicht. Ein bindender Beschluß wurde nicht gefaßt. — Hieran schlossen sich noch Mitteilungen über die Erörterungen wegen Begründung einer Allgemeinen Landespensionskasse. Der Sächsische Gemeindetag und sein Vorstand haben sich seit mehreren Jahren mit der Frage beschäftigt, ob und in welcher Weise die Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten neu geregelt und die Pensionslast der einzelnen Gemeinden auf einen größeren leistungsfähigeren Kreis im Wege der Gesetzgebung übertragen werden könnte. Die Versammlung des Sächsischen Gemeindetages nahm von den hierüber angestellten Erörterungen und Verhandlungen Kenntnis und beschloß, den neuzuwählenden Vorstand zu beauftragen, alsbald der Staatsregierung die wegen Ordnung dieser Frage vorliegenden Wünsche als Material vorzulegen. Die Anträge der Bürgermeister-Konferenzen von Chemnitz und Zwickau sind dadurch erledigt. Außerdem liegen zu diesem Gegenstand noch einige Anträge vor, deren Weiterbesprechung auf Sonnabend vormittag 9 Uhr vertagt wurde.

Oertliches und Sächsisches.

— **Der Besuch Sr. Majestät des Königs Georg in Meißen, über den wir bereits in der gestrigen Abendausgabe ausführlich mit allen Einzelheiten berichteten, hat einen überaus glänzenden und alle Kreise hochbefriedigenden Verlauf genommen. Namentlich haben in der Antwort des Königs Georg auf die Ansprache des Bürgermeisters die Worte: „Man wird mitunter irre an seinem Volke, aber Ich bin es noch nicht geworden", einen tiefen Eindruck hinterlassen. Man wird hierin eine unzweideutige Bezugnahme des Königs auf die Vorgänge der letzten Zeit, nicht am wenigsten auf den Ausfall der Reichstagswahlen, erkennen dürfen.**

— Den Oberförstern Otto in Nikolsdorf bei Königstein, Berger im Forsthause a. d. Reudnitz bei Dahlen, Fröbe in Plauen und Mühlmann in Klotzsche ist Titel und Rang eines Forstmeisters verliehen worden; der Landgerichtsaktuar Liebe in Dresden erhielt bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Albrechtskreuz.

— In der gestrigen Sitzung des ersten Strafsenats des Reichsgerichts wurde der zum Reichsgerichtsrat ernannte preußische Landgerichtspräsident Bernhardi aus Marburg eidlich verpflichtet und in sein Amt eingewiesen.

— Nach schwerem Leiden ist vorgestern hier im kräftigsten Mannesalter Herr Oberzollinspektor Gustav Wahl, Vorstand des Königl. Hauptzollamtes Dresden II, gestorben.

— In der vorgestern stattgefundenen Sitzung des Eisenbahnrats erfolgte eine Besprechung des nächsten Winterfahrplanes. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die von den verschiedensten Interessentenkreisen laut gewordenen Wünsche nach Wiederherstellung der früher täglich verkehrenden beschleunigten Personenzüge zwischen Dresden—Leipzig und umgekehrt zur Erörterung. Herr Kommerzienrat Collenbusch hatte einen diesbezüglichen Antrag gestellt, zog ihn aber zurück, nachdem aus den von den Vertretern des Königl. Finanzministeriums bez. der Generaldirektion abgegebenen Erklärungen die Ueberzeugung gewonnen worden war, daß den ausgesprochenen Wünschen in weitgehendster Weise Rechnung getragen werden wird.

— In § 6, Ziffer 10 des Einkommensteuergesetzes wird bestimmt, daß die ausschließlich kirchlichen, gemeinnützigen, wohltätigen, Besoldungs- und Pensionszwecken dienenden juristischen Personen und mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Personenvereine und Vermögensmassen von der Einkommensteuer befreit sind. Aus dieser Fassung ergibt sich, daß Stiftungen, die nicht die Rechte einer juristischen Person besitzen, von der Einkommensteuer nicht befreit sind, und zwar auch dann nicht, wenn nur rein wohltätige Zwecke mit der Stiftung verbunden sind. Eine Aenderung der jetzt bestehenden Bestimmung des Einkommensteuergesetzes, welche viele Stiftungen mit Steuern belastet, ist um so weniger zu erwarten, weil das Gesetz erst in der letzten Landtagsperiode neu gefaßt worden ist und man nicht jetzt schon wieder an eine Abänderung von Einzelheiten gehen wird. Da nun die der Stadtgemeinde Leipzig zugefallenen sogen. uneigentlichen Stiftungen einen sehr bedeutenden Betrag darstellen, so hat der Rat daselbst beschlossen, diese Stiftungen in juristische Personen umzuwandeln, um so, dem Willen der Stifter entsprechend, die Erträge der Stiftungen in vollem Umfange den vom Erblasser bestimmten wohltätigen Zwecken zuführen zu können.

— Nach einer von der Kreishauptmannschaft Leipzig aus Anlaß eines besonderen Falles jüngst erlassenen Verordnung, deren Inhalt auch das Ministerium des Innern zugestimmt hat, ist der Erwerb der Realgasthofsgerechtigkeit durch Immemorialverjährung bei nur gerichtsherrlicher Verleihung (die im vorliegenden Falle im Jahre 1611 von der betreffenden Gerichts- und Gutsherrschaft bewirkt wurde) ausgeschlossen. Ferner wird in der in Frage stehenden Verordnung ausgeführt, daß das über 100jährige Bestehen einer Gastwirtschaft in demselben Grundstück an sich noch nicht ohne weiteres die Vermutung eines zu grunde liegenden Realrechts begründet.

— Bei den Vaterländischen Festspielen am 5. Juli werden zum ersten Male auch die Kinder der Dresdner Volkskindergärten des Allgemeinen Erziehungsvereins und die Schülerinnen der Fröbelstiftung, sowie die Schulgärten mitspielen. Die Fröbelsche Erziehungsmethode legt ein großes Gewicht auf die sogenannten Bewegungsspiele in den Kindergärten. Fröbel will schon früh dem Kinde die Gewalt über seine Glieder verschaffen und die Leichtigkeit der Bewegung wird auch in dieser Hinsicht auf eine bessere Entwicklung seiner Kräfte einwirken. In den Bewegungsspielen des Kindergartens geschieht dies in kindlichster, naturgemäßester Weise. Außerdem will er bekanntlich die Triebe des Kindes zur Erziehung benützen, „die rohen Naturtriebe veredeln zu Kulturtrieben". Der Bewegungstrieb, der Nachahmungstrieb und der Darstellungstrieb werden in diesen Spielen befriedigt und geleitet, darum gewähren sie den Kindern ein so großes Vergnügen. Mit großer Freude sehen die 600 bis 700 Kindergartenkinder von 2½ bis 6 Jahren und die schon schulpflichtigen Schulgartenkinder ihrem Spiele auf der Festwiese (von halb 5 bis halb 6 Uhr) entgegen. Da sie den Festzug nicht mitmachen können, werden sie mit einem Dampfschiff dahingeführt werden. In den Kindergärten ist schon seit Wochen „die große Schnecke" das Hauptinteresse; ein einfaches Spiel, aber hier durch die große Menge der Kinder doch eine schwierige Programmnummer. Da gilt es, „fest zu halten", denn wenn ein Kind losließe und die Kette zerreißt, wäre das Ganze gestört. — Die Schülerinnen der Fröbelstiftung, Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen werden zusammen einen Spielreigen aufführen. Sie sind erst Ende April in den Kursus eingetreten, in welchem nur ein bis zwei Stunden pro Woche für diese Uebungen angewandt werden können. Einige haben vorher weder Turn-, noch Tanzstunden gehabt. Mit Freude und Lust sehen aber auch sie dem Spiele am Sonntag entgegen.

— Der am 1. Juni erfolgte Beitritt der italienischen Bahnen in den Vereinsreiseverkehr ist für den regen Verkehr von Deutschland nach Italien und darüber hinaus von der größten Wichtigkeit. Kann doch nunmehr ein Reisender den mit der Lösung von Fahrkarten auf italienischen Bahnhöfen verbundenen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen und sich das zur ganzen Reise nötige Heft hier nach Belieben zusammenstellen lassen. Die Ausstellung der Hefte kann erfolgen sowohl für Hin- und Rückfahrt auf gleicher Strecke, als auch unter Einschaltung von Seitentouren, oder als wirkliche Rundreise mit oder ohne Einsetzung von Verbindungsstrecken (für Gebirgsübergänge usw.), weiter mit Einschaltung von Schiffsstrecken im Mittelmeer an der Westküste Italiens und an der Riviera, oder auch unter Ausnutzung von Verbindungsstrecken von Brindisi nach Cattaro, Saloniki oder Konstantinopel zu Reisen nach Griechenland, der Türkei, Palästina, Aegypten usw. Für die angedeuteten Schiffsstrecken im Mittelländischen Meere können Scheine für die Fahrt auf den Dampfern des Norddeutschen Lloyds und der Hamburg-Amerika-Linie für die Strecken Genua-Neapel, Monte Carlo, Nizza und San Remo in das Reiseheft aufgenommen werden. Es ist gleichgültig, ob außer den Scheinen für deutsche, österreichische und schweizerische Bahnen Scheine für nur kurze italienische Strecken, z. B. Ala-Verona-Venedig, Ala-Mailand, Chiasso (Gotthardbahn)-Mailand, oder (Triest-)Cormons-Venedig entnommen werden. Die Reisen nach der Riviera (Monte Carlo, Nizza usw.) sind nunmehr ebenfalls sehr erleichtert, da in ein Heft Scheine für deutsche, österreichische oder schweizerische und für italienische, sowie französische Strecken Aufnahme finden können. Solche Hefte erhalten drei Umschläge und zwar je einen in deutscher, italienischer und französischer Sprache.

— In dem Königsbrücker Straße 21 gelegenen, dem Verein „Volkswohl" gehörenden „Volksheim Nieritzgarten" fand vorgestern abend die Einweihung des als Museum eingerichteten „Nieritz-Zimmers" statt. Die sich bei der Gunst der Witterung namentlich in dem herrlichen Garten, der nach Eintritt der Dunkelheit im Lichte farbenschöner Illumination erglänzte, abspielende Feier gestaltete sich zu einem ehrenvollen Gedächtnistage für den vorgestern vor 108 Jahren geborenen nachmaligen Schuldirektor Gustav Nieritz und ehrte die Veranstalter selbst. Zur Teilnahme an dem Geburtstage hatten sich eingefunden zwei Töchter des Gefeierten, und zwar die Damen Frau Privatus Methe und Frau Direktor Kummer, ferner die Herren Hofrat Schulrat Stöckner, Bezirksschulinspektor Schulrat Dr. Prietzel, Professor Besser, eine größere Anzahl Schuldirektoren und Lehrer, darunter der Vorsitzende des Lehrervereins, Herr Härtel, der Redakteur der „Sächsischen Schulzeitung" Herr Ulrich und Mitglieder des Pädagogischen Vereins. Der Vorstand des Vereins „Volkswohl" war ziemlich zahlreich vertreten, an der Spitze die beiden Vorsitzenden, Herren Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Böhmert und Kommerzienrat Collenbusch. Herr Oberbürgermeister Geh. Finanzrat a. D. Beutler gab brieflich seinem Bedauern Ausdruck, am Erscheinen durch eine wichtige Vorstandssitzung für den Gemeindetag behindert zu sein. Herr Stadtverordneter Dr. Scheven begrüßte die erschienenen Ehrengäste und Freunde des Gustav Nieritz, eines echten Dresdners, und entwarf in spannenden Zügen ein Bild von dessen Lebensgang. Als Jugend- und Volksfreund vermag Nieritz durch sein Leben und seinen Charakter jedem Dresdner Bürger ein Vorbild zu sein. Seine Wiege stand im Grundstück des Polnischen Brauhauses an der Körnerstraße, in dem sich damals die Polizei- bezw. Armenschule befand, an der sein Vater als Lehrer wirkte.

SLUB Wir führen Wissen.